



Hauptausschuß  
61. Sitzung

16.02.1989  
hz-mm

### Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert der Vorsitzende den Hauptausschuß, gestern seien die Fraktionsvorsitzenden mit dem Vorstandsvorsitzenden der Westdeutschen Landesbank in einem Gespräch übereingekommen, dem Hauptausschuß vorzuschlagen, in einer Sitzung zusammen mit den Vorsitzenden des Wirtschafts- und des Haushalts- und Finanzausschusses sowie den Sprechern dieser beiden Ausschüsse sich über die von der WestLB geplante Investitionsbank unterrichten zu lassen. Die Sitzung soll am 10. März 1989 in der WestLB stattfinden.

In diesem Zusammenhang erinnert Abg. Dr. Worms (CDU) daran, daß am selben Tag schon der Rundfunkrat mit Präsenzpflicht zusammentritt.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte kommt der Hauptausschuß überein, die Sitzung in der WestLB bereits um 9.00 Uhr abzuhalten; gegebenenfalls könnte der Rundfunkrat später als um 10.00 Uhr - dieser Termin sei vorgesehen - tagen, um seinen dem Hauptausschuß angehörenden Mitgliedern Gelegenheit zur Teilnahme an der Sitzung in der Westdeutschen Landesbank zu geben. -

Zum Besuch des Ausschusses auf der Berliner Funkausstellung gibt der Vorsitzende zu erwägen, daß der WDR am 28. und 29. August 1989 bereits Rundfunkrat und Verwaltungsrat durch die Messe führe; unter Umständen könne die Führung des Ausschusses auf den 30. August verlegt werden.

Der Hauptausschuß möchte trotz dieses Hinweises bei seinem ursprünglichen Terminplan bleiben; die Ausschußmitglieder könnten sich gegebenenfalls der Führung des aus 7 Mitgliedern bestehenden WDR-Verwaltungsrates anschließen. -

Zur Japanreise teilt der Vorsitzende mit, die Kommission werde am Ostersonntag voraussichtlich mit der Lufthansa nach Tokio fliegen. Entsprechend dem von der SPD- wie von der CDU-Fraktion geäußerten Wunsch nähmen an der Kommissionsreise zwei weitere Ausschußmitglieder teil: die Abg. Hellwig (SPD) und Dr. Heimes (Essen) (CDU); der Präsident habe sich damit einverstanden erklärt.

Hauptausschuß  
61. Sitzung

16.02.1989  
hz-mm

Zu 1: Gesetz über die Enteignung und Entschädigung für das Land Nordrhein-Westfalen  
(Landesenteignungs- und -entschädigungsgesetz - EEG NW)  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 10/3177  
(Vorlagen und Zuschriften siehe Seite I dieses Protokolls)

---

Der Vorsitzende berichtet, die Federführung bei der Beratung dieses Gesetzes liege beim Ausschuß für Innere Verwaltung. Die CDU-Fraktion habe den Wunsch angemeldet, den Entwurf - insbesondere wegen der Problematik der Entschädigungen im Braunkohlenbereich - auch im Hauptausschuß zu beraten. - Dem stimmt der Hauptausschuß einstimmig zu.

Abg. Büsow (SPD) gibt zu bedenken, daß im Innenausschuß noch ein Gutachten des Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen darüber ausstehe, inwieweit eine Vereinheitlichung der Zuständigkeit der Kammer für Baulandsachen an den Landgerichten gegen die Landesverfassung verstoße. Der Hauptausschuß sollte das Gutachten abwarten und den Gesetzentwurf erst behandeln, wenn das Votum des Innenausschusses dazu vorliege.

Der Hauptausschuß faßt den auf Seite I dieses Protokolls wiedergegebenen Beschluß.

Zu 2: Entbürokratisierung

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 10/2379  
Information 10/335

(Die Ziffern der zehn Vorlagen sind dem Beschlußprotokoll zu entnehmen.)

---

Der Vorsitzende erinnert daran, daß Abg. Wendzinski in der Sitzung am 24. November 1988 darum gebeten habe, den Arbeitskreisen der Fraktionen den Vorentwurf des Abschlußberichts zur zweiten Lesung zur Vorbereitung einer abschließenden Beratung im Hauptausschuß vorzulegen. Dies sei Anfang des Jahres geschehen. Der Entwurf enthalte Hinweise auf alle bis dahin stattgefundenen Aktivitäten auch der mitberatenden Ausschüsse. Eine Diskussion über den Inhalt des Entwurfs müßte heute erfolgen.